

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Verbands (D. V.) — Verlagort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/2 3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenschursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Vinus Friedemann; in Pentz bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirßen.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Eintritten im Betrieb der Druckerei oder unter Verletzung der Besizer keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-Mg. freibl., auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R.-Pf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,16 R.-Mart, 5. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-Mart, 3 gesp. Retikelmarge 0,45 R.-Mart, Hinweise auf Anzeigen und Eingekaufte 0,10 R.-Mart, Nachweise und Offertengebühr 0,20 R.-Mart, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postkassenschloß Nr. 8. Postfachkonto Nr. 4436. Bankkonto: Vereinsbank zu Golzig Filiale Waldenburg. Stadtkontofonto Waldenburg 16. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsvoller Eintreibung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachlaß hinfällig.

Sugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenschursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 11

Freitag, den 14. Januar 1927

49. Jahrgang.

## Unentschlossene Haltung des Zentrums zur Regierungsbildung.

### Amtlicher Teil.

Die Kreisbauernschaft Chemnitz hat in Abänderung und Ergänzung ihrer Bekanntmachung vom 4. April 1912 bestimmt, daß **Ausverkäufe** nur in der Zeit vom 20. Januar bis zum 5. März und vom 20. Juli bis zum 5. September statthaft sind.

Die Dauer eines Saison- oder Inventurausverkaufes darf einen Zeitraum von 14 Kalendertagen nicht übersteigen.

Waldenburg, den 12. Januar 1927. Der Stadtrat.

Dr. Curtius verhandelte gestern mit Gewerkschaftsführern aller Parteirichtungen.

General von Gehler, der ehemalige Kriegsminister, ist am Montag gestorben.

Das belgische Königspaar ist von der Riviera nach Brüssel zurückgekehrt.

Der neuernannte polnische Gesandte bei der Sowjetunion, Stanislaus Patel, hat sich nach Moskau begeben.

In Schweden wurde der Reichstag mit einer Thronrede feierlich eröffnet.

England beabsichtigt an die Kantonsregierung ein Ultimatum zu richten.

Waldenburg, 13. Januar 1927.

Der Hezrede des polnischen Außenministers Jaleski, in der dieser jede Revision der unnünftigen polnischen Westgrenze unter starkem Säbelraseln ablehnte, tritt eine halbamtliche deutsche Kundgebung entgegen, in der zunächst der Vorwurf Jaleskis zurückgewiesen wird, Deutschland habe durch eine „gewalttätige Propaganda-Diffensive“ den Artikel 10 der Völkerbundscharta verletzt. Es wird Herrn Jaleski der Rat gegeben, sich mit seiner Beschwerde an den dafür zuständigen Völkerbundsrat zu wenden, und dann wird zur Sache selbst ausgeführt:

Da der Artikel 10 bekanntlich die Achtung der Unverletzlichkeit des Gebietes der Bundesmitglieder zum Gegenstand hat, kann hiermit nichts anderes gemeint sein, als daß sich Deutschland neuerdings zu einem aggressiven Vorgehen gegen Polen entschlossen habe und dieses Vorgehen durch eine entsprechende Propaganda vorbereite. Nichts ist unsinniger als derartige Unterstellungen. Der deutsche Standpunkt in der Frage der polnischen Westgrenzen ist seit Jahr und Tag bekannt und bedarf keiner Propaganda. Er ist von den verantwortlichen deutschen Staatsmännern oft genug und unzweideutig festgelegt worden. Diese klare und unabänderliche Einstellung der deutschen Politik ist alles andere als eine Verletzung des Völkerbundsartikels.

Es ist nicht der Sinn des Artikels, insbesondere nicht der Sinn des Artikels 10, die lebendige, den gemeinsamen Interessen der Völker entsprechende Entwicklung auf immer zum Stillstand zu bringen. Das ergibt sich, um nur eins zu sagen, schon aus dem Artikel 19 der Charta, der es als Aufgabe des Völkerbundes hinstellt, auf die Verringerung unauflöslicher gewordenen Verträge und solcher internationalen Verhältnisse hinzuwirken, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte. Herr Jaleski vergißt nicht nur diesen Artikel 19; er läßt auch das ganze Vertragswerk von Locarno unerwähnt, obwohl ihm sicherlich nicht unbekannt ist, in welchem Geiste die Verhandlungen über dieses Vertragswerk geführt worden sind, und welchen Inhalt es hat.

Ueber die vermutlichen Beweggründe Jaleskis für seinen Vorstoß wird gesagt, daß er vielleicht den Gedanken an den polnischen Presse gefolgt ist, die letzten die Verhandlungen Deutschlands mit der Botschafterkonferenz über die Ostfestungen in durchsichtiger Absicht benutzt hat, um die strittigen Arbeiten an diesen Festungen als eine militärische Bedrohung Polens hinzustellen. Vielleicht hat er auch gehofft, Wasser auf die Mühle gewisser Politiker in Frankreich zu leiten, die in letzter Zeit den Gedanken einer baldigen Räumung des Rheinlandes mit dem Hinweis auf die angebliche Gefährdung Polens bekämpft haben.

Vielleicht liegen der Rede aber, darüber hinaus, bestimmte politische Tendenzen hinsichtlich Litauens zu

Grunde, worauf namentlich die Zurückweisung des angebotenen Planes hindeutet, den Korridor gegen Litauen und Memel auszutauschen. Was es mit diesem Plane für eine Bewandnis hat, und wer ihn nach Ansicht des Herrn Jaleski betreibt, ist der deutschen Regierung nicht bekannt, da sie ihrerseits von dem Plane nur durch ausländische Presseäußerungen gehört hat. Wenn mit derartigen Äußerungen etwa der Versuch gemacht werden soll, Mißtrauen zwischen Deutschland und Litauen zu säen, so muß das auf das Bestimmteste zurückgewiesen werden.

Zusammenfassend wird zum Schluß erklärt: Alles in allem ist leider zu befürchten, daß solche Auslassungen, zu denen die Haltung Deutschlands keinerlei Anlaß gegeben hat, nicht, wie Herr Jaleski sagt, zur Beruhigung der europäischen Lage dienen, sondern im Gegenteil dazu führen, die Besorgnisse über die unklaren Verhältnisse in Osteuropa noch zu verstärken. Daß derartige Besorgnisse bestehen, ist eine notorische Tatsache. Deutschland hat nur das eine Interesse, die ruhige und friedliche Entwicklung in den osteuropäischen Ländern nicht gestört zu sehen. Es wird deshalb die Vorgänge in diesen Ländern in voller Ruhe, aber mit ernster Aufmerksamkeit verfolgen.

Man kann es nur begrüßen, daß deutscherseits so rasch und so entschieden die neueste polnische Unverschämtheit zurückgewiesen worden ist. Viel helfen wird es freilich nicht. Je unsicherer sich Polen in seinen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprechenden, durch rohe Willkür festgesetzten Grenzen fühlt, umso mehr empfinden die polnischen „Staatsmänner“ das Bedürfnis, Polens angebliches Recht in die Welt hinauszuschreien.

### In der Schwebe.

Die Gewerkschaftsführer bei Dr. Curtius.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung sind am Mittwoch nicht wesentlich weiter gekommen, da die Entscheidung offenbar beim Zentrum liegt. Die Zentrumsfraktion trat aber erst am Mittwoch abend zusammen. Der Parteivorstand des Zentrums, der am Dienstag abend zusammengetreten war, war zu keiner festen Entscheidung gelangt. Er äußerte sich nur dahin, daß er der geplanten Kabinettsbildung mit schwerem Bedenken innen- und außenpolitisch in der Natur gegenübersteht.

Am Mittwoch vormittag empfing Dr. Curtius im Reichswirtschaftsministerium die Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen, um mit ihnen sein soziales Programm zu besprechen. Die Verhandlungen dauerten weit über die Mittagsstunde hinaus. Es handelte sich bei dieser Fühlungnahme um diejenigen sozialpolitischen Aufgaben, die in der nächsten Zeit im Reichstag zu lösen sind. Es liegt nahe, daß der Reichswirtschaftsminister sich über die Stimmung der Gewerkschaften zu unterrichten versucht, da bei den parteipolitischen Verhandlungen namentlich, soweit das Zentrum in Betracht kommt, die Haltung der christlichen Gewerkschaften immerhin von Bedeutung ist.

Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Mittwoch mittag eine Sitzung ab. Sie nahm den Bericht des Parteivorstandes über die Lage entgegen. In der darauffolgenden Aussprache wurde vollständige Einmütigkeit festgestellt.

### Der Franzosenterror in der Pfalz.

Wieder ein Landauer Kriegsgerichtsurteil.

Durch eine Verhandlung des Landauer Kriegsgerichts ist erst jetzt ein Zwischenfall bekannt geworden, der sich bereits am 26. Juni 1926 zugezogen hat. In diesem Tage betrat ein gewisser Ludwig Sorlo aus Frankfurt den französischen Schießplatz in Kaiserslautern, um dort abgeschossene Gewehrpatronen aufzufischen, die von den Franzosen nicht mehr verwendet wurden und die er als Kupfer verkaufen wollte.

Raum war er dort angelangt und hatte einige Angeln aus dem Boden gescharrt, als eine französische Patrouille ihn erblühte und aus nächster Nähe drei scharfe Schüsse auf ihn feuerte, von denen der eine

den Brustkorb durchschlug und noch das rechte Bein verletzete.

Sorlo muß also diesen Schuß in gebückter Stellung erhalten haben. Ein weiterer Schuß verletzete ihn am linken Bein. Es ist nur ein Zufall, daß der zum Krüppel geschossene Sorlo überhaupt mit dem Leben davontam.

Bei der jetzigen Verhandlung erschienen nicht etwa die schießwütigen französischen Soldaten als Angeklagte, sondern der zusammengeknallte Sorlo, der wegen verübten Kugeldiebstahls zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Diesen Eindruck machte es, als der bedauernswerte Angeklagte schilderte, wie ihn die französische Patrouille in seinem Blute liegen ließ und er auf sein Köheln hin zwei andere Soldaten herankamen, die ihn verbanden und ins deutsche Hospital brachten.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Aussichten für Curtius, eine Regierung zu bilden, sind gering. Man hält es für sich, daß an dem Widerstand des Zentrums der Plan einer Regierung, die sich auf eine Basis von den Deutschnationalen bis zum Zentrum hätte stützen können, scheitern wird. Zwischen den Forderungen der freien Gewerkschaften und der Aufassung des Ministers besteht ein so weitgehender Gegensatz, daß schon heute vorausgesagt werden kann, daß die freigewerkschaftliche Arbeiterchaft einem etwaigen Ministerium Curtius mit starkem Mißtrauen gegenüber treten würde. Gestern empfing Dr. Curtius Vertreter des Reichslandbundes, ferner sind Besprechungen mit Vertretern des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des deutschen Industrie- und Handelstages, sowie der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in Aussicht genommen.

In San Antonio in Texas erscheint ein deutsches Blatt, die „Freie Presse“, die sich mit der bekannten Rede Scheidemanns im Reichstag befaßt. Darin heißt es: „Solange solche Reichsberräter, wie Scheidemann, in Deutschland das große Wort führen und ungeschont und ungestraft am Reiche den Henker machen können, ist an einen Wiederaufbau des Deutschen Reiches, an eine Zurückziehung der Besatzungstruppen und eine Besserung der politischen und sozialen Verhältnisse Deutschlands gar nicht zu denken. Wer die Mentalität der Franzosen kennt, der war sich schon im vorherigen klar, daß die Franzosen trotz aller Versprechungen ihre Truppen nicht zurückziehen würden. Nun hat der — — ihnen auch noch einen vollwertigen Grund dafür geliefert und so die ganze geduldige Arbeit Stiefmanns mit einem Schlage vernichtet. Wir sehen andererseits aber auch, auf wie schwachen Füßen die deutsche sozialdemokratische Republik steht. Wer solche Angst vor jeder Bewegung bekundet, die — wenn noch so patriotisch — im geringsten gefährlich für das neue Regime gedeutet werden kann, der muß in der Tat ein schlechtes Gewissen haben. Im übrigen bewährt sich wieder einmal das Wort des viel verleumdeten Kaisers, daß die Sozialdemokraten vaterlandslose Gesellen sind.“

Die beiden französischen Soldaten, die sich am Abend des 8. Januar in Mainz die gemeldeten Uebergriffe zuschulden kommen ließen, sind festgestellt und verhaftet worden. Nach Mitteilung des französischen Oberkommandos sollen sie vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Die deutsch-litauischen Handelsvertragsverhandlungen konnten nach einer offiziellen Erklärung bisher noch nicht aufgenommen werden, weil der litauische Gesandte, Herr Sidzikauskas, von seinem Berliner Posten abwesend war. Vorschläge über den Zeitpunkt des Verhandlungsbeginns hat der soeben nach Berlin zurückgekehrte Gesandte noch nicht gemacht. Es darf angenommen werden, daß, falls dies geschehen sollte, auch die Frage geprüft werden wird, ob der allgemeine Stand der deutsch-litauischen Beziehungen den gegenwärtigen Zeitpunkt als günstig für solche Verhandlungen erscheinen läßt.